

Die DDR war kein Sonderfall

Die Schlüsselfrage wurde verwischt: Ohne den Vergleich mit anderen osteuropäischen Ländern kommt die Debatte um Revolution und Protestkulturen von 1989 nicht voran.

Von Helmuth Fehr, in: FAZ vom 1. August 2019, Seite 14.

Der Streit zwischen Detlef Pollack und Ilko-Sascha Kowalczyk über die Umbrüche von 1989 nimmt eine Eigendynamik an, bei der inhaltliche Themen an den Rand geraten. Zunächst wurden von beiden Autoren Stichworte und Fragen umrissen, die auf der Hand liegen: Was meint Opposition in der DDR 1989? Aufstand der „Normalos“ gegen das Regime? Und: Was sind revolutionäre Ergebnisse von 1989?

Lauter Fragen, die sich nicht nur mit Blick auf die DDR und Leipzig als Kristallisationspunkt der Massenproteste beantworten lassen. Es handelt sich vielmehr um Fragen zur politischen Lage, die 1989 in der DDR entstanden war. Eine revolutionäre Lage, in der Fragen nach den politischen Subjekten nicht so einfach zu bestimmen waren. Im Unterschied zu anderen Entwicklungen, die sich in der DDR 1989 verdichtet hatten, wie eine eigenständige Protestkultur. Für diese Probleme ist der Vergleich mit den osteuropäischen Gesellschaften unerlässlich. Die DDR existierte ja nicht als Sonderfall der Geschichte des Staatssozialismus.

Darauf gehen die Kontrahenten nicht ein. Stattdessen gipfelt die Polemik in wechselseitigen Vermutungen über politische Sympathien und in Stereotype, wonach der jeweils andere einseitiger Urteile bezichtigt wird. Mehr noch – des politischen Moralismus und der Befangenheit, ohne dass ersichtlich wird, was auf diese Weise zum Gegenstand gesagt wird. Inhaltlich unterscheidbare Punkte des Streits über „1989“ werden in das Feld von Vergangenheitspolitik verschoben. Ein symbolisch aufgeladenes Feld, in dem auch ein hohes Maß an Selbstbezogenheit der Protagonisten zum Ausdruck kommt.

Das ist nicht überraschend. Denn das unabhängige Milieu in der DDR, die persönlichen und informellen Netzwerke im Umfeld der evangelischen Kirchen stellten sich überschaubar dar. Es dominierten enge Verbindungen, Sympathien und Antipathien waren tief verwurzelt. Daher rühren Animositäten, die sich bis heute auswirken. Diese werden politisch genannt, beruhen allerdings häufig auf persönlichen Eigenarten, über die keine offenen Auseinandersetzungen geführt werden. In dieser Hinsicht gibt es mehr Gemeinsamkeiten mit Milieus der demokratischen Opposition in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, als bisher in Untersuchungen zur DDR als „Sonderfall“ angenommen wurde.

Vor diesem Hintergrund werden auch Anspielungen auf die „DDR-Geschichte“ bei Pollack und Kowalczyk mit wechselseitigen Vermutungen über „Standpunkte“, „moralische Imperative“ und Fragen zur politischen Standortbestimmung verknüpft. Dabei wird eine Schlüsselfrage verwischt, die

beide Kontrahenten nur streifen; nämlich die Frage, wie man die Gesellschaft und die unabhängigen politischen Initiativen in der DDR verstehen sollte. Dafür gibt es seit Anfang der neunziger Jahre Untersuchungen, die beide Autoren nicht einmal am Rand erwähnen.

So wurden für 1989 aufschlussreiche Parallelen zu den früheren Gesellschaften des Typs bürokratischer Staatssozialismus herausgearbeitet, die zu Ausgangsfragen der bisherigen Kontroverse zurückführen. Es geht um revolutionäre Situationen und revolutionäre Ergebnisse, um Dissidenz und Opposition, um politische Mobilisierung und Umbrüche in der politischen Kultur.

Mit Recht verweist Kowalczyk auf die mobilisierende Kraft von zahlenmäßig im ostmitteleuropäischen Ländervergleich eher kleinen informellen Gruppen. Zum Beispiel die Friedensgruppen in der DDR, die sich bis 1989 als Friedensbewegung herausbildeten und für die politische Themenbildung einen größeren Einfluss erlangten, als Pollack behauptet. So bildeten die Friedensgruppen Ansätze für Vernetzungen, die auf kreativen Formen des Handelns beruhten. Frieden als politisches Protestthema erfährt hierbei nur im Umfeld der DDR-Friedensgruppen eine Zuspitzung, an die inhaltlich und politisch angeknüpft werden konnte.

In diesem Zusammenhang spielen die von Pollack angeführten Zahlen von Demonstrationsteilnehmern eine nachrangige Rolle. Abgesehen davon, dass Pollack Zahlen unerwähnt lässt, sobald diese seinen Annahmen entgegenlaufen. Das wird am Fallbeispiel des Olof-Palme-Friedensmarsches ersichtlich, der im September 1987 in mehreren Etappen von Stralsund im Norden der DDR bis Dresden führte. In Ost-Berlin nahmen am 5. September 1987 neben Mitgliedern aus offiziellen Friedenskomitees ungefähr tausend Anhänger unabhängiger Friedensgruppen mit Transparenten und DDR-kritischen Losungen am Olof-Palme-Friedensmarsch teil. Und trugen damit eigene Forderungen in die Öffentlichkeit.

Für die Wirkung der Friedensbewegung „nach außen“ war die Themenbildung von Interesse. So betont Petr Uhl, ein Akteur der tschechischen Charta 77, im Rückblick auf die unabhängigen Gruppen der DDR die Chancen für grenzüberschreitenden politischen Erfahrungsaustausch: „Während wir uns ausschließlich auf Menschenrechte und oppositionelle politische Tätigkeit konzentrierten, gab es in der damaligen DDR eine sehr breite Friedensbewegung, Kriegsdienstverweigerung, eine sehr ausgedehnte ökologische Bewegung, von denen wir gelernt haben.“

Auch für Kontakte zwischen Friedensgruppen und ökologischen Sammlungsinitiativen aus der DDR mit polnischen Gruppenverbänden wie „Freiheit und Frieden“ (WiP) gibt es Zeugnisse, die verdeutlichen: Vom „Sonderfall“ DDR-Entwicklung lässt sich für die achtziger Jahre nicht ausgehen. Auch nicht mit Blick auf Mobilisierungsslogans wie „Keine Gewalt!“ und Protestsymbole wie Kerzen. Das sind Merkmale der Protestkultur von 1989, die gerade unter Gesichtspunkten des Vergleichs aufschlussreich sind. Schon 1980 wurden bei Massendemonstrationen in der Entstehungszeit von Solidarność Blumen und Kerzen als Symbole für gewaltlose Demonstrationen gezeigt, ebenso zählten Blumen zu Symbolen der „samtenen Revolution“ im November 1989 in Prag. Darüber hinaus ist die Abwesenheit von militanten Protestlosungen und Einstellungen während der Massendemonstrationen in der DDR, der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn 1989 festzustellen.

Ferner ist im ostmitteleuropäischen Vergleich (auch für die DDR) die Herausbildung einer eigenen politischen Sprache bemerkenswert, die durch Abbau von Feindbildern gekennzeichnet war. Demonstranten wählten eine konziliante Sprache. Das ist vielleicht die größte Besonderheit der Protestkulturen von 1989: dass „Keine Gewalt“, Dialog, Gerechtigkeit und Toleranz neben Bürgerprinzipien zu den Losungen zählten. In diese Richtung deutet auch die Sprache der Akteure an den runden Tischen in Warschau, Budapest, Prag und Berlin. Durchgängig wurde eine Sprache gewählt, die sich von der auf Feindbilder basierenden Rhetorik der offiziellen Öffentlichkeit in der DDR und in den osteuropäischen Gesellschaften abhob. Dazu zählten auch Schlüsselwörter wie

Ehrlichkeit und Offenheit; moralische Maßstäbe, die mit der Zerstörung des politischen Lebens durch die marxistisch-leninistische Herrschaft vor 1989 weitgehend verschwunden waren.

Die Rückkehr zu moralischen Maßstäben in der politischen Sprache wird in eindrucksvoller Weise durch Redebeiträge von Demonstranten in Leipzig, Briefe von DDR-Bürgern an das Neue Forum von September 1989 bis März 1990 und zahlreiche Dokumentationen über Anhänger von Solidarność und des tschechischen Bürgerforums belegt. Es handelt sich also bei der Verbreitung von „moralischen Imperativen“, die Pollack gegenüber Kowalczuk kritisiert, nicht um Vorstellungen, die von außen einseitig durch oppositionelle Meinungsführer geprägt wurden.

Vielmehr war die Straßenöffentlichkeit in der DDR 1989 in ähnlicher Weise wie in Warschau, Krakau, Danzig, Prag und Budapest durch eine moralische Atmosphäre geprägt, die von Demonstranten und Akteuren der Bürgerbewegungen aufgenommen und in Worte gefasst wurde. Die gewaltlosen Revolutionen von 1989 brachten ihre eigenen Symbole und eine eigene Sprache hervor, die auch auf andere Ebenen übertragen wurden. So konnten im Verlauf der Rund-Tisch-Verhandlungen Fragen des Dialogs mit Erfordernissen von Kompromissbildung verbunden werden.

Davon zeugen die schriftlichen Dokumentationen über die runden Tische in Warschau, Prag, Budapest und Berlin. Sie vermitteln Einblicke in den Wandel politischer Kommunikation. In einer Übergangszeit, die in den einzelnen Gesellschaften unterschiedlich lang andauerte, konnten die neuen Akteure aus den Bürgerbewegungen Reformpolitik auf der Grundlage eines sozialen Kapitals einleiten, das heute allen Regierungen in Ostmitteleuropa fehlt: Vertrauen und Ehrlichkeit. In der Gegenwart erhalten Ideen der gewaltlosen Revolutionen wieder einen hohen politischen Stellenwert, wie die Entwicklungen in der politischen Öffentlichkeit der Tschechischen Republik veranschaulichen.

Dabei beziehen sich die Akteure der Bewegung „Eine Million Augenblicke“ mit zentralen Losungen auf die „samtene Revolution“, besonders auf die im Herbst 1989 gewählten Schlüsselwörter Ehrlichkeit und Würde. Zu den Initiatoren der Bewegung zählen übrigens zwei Theologie-Studenten, denen es offensichtlich gelungen ist, sich in die politische Stimmungslage großer Bevölkerungsgruppen einzufühlen. Die Akteure verfügen über ein hohes Maß an politischer Empathie, das auch für die Bürgerbewegungen von 1989 galt. Ganz im Gegensatz zu dem Urteil über die neuen Akteure, das Pollack formuliert: als der Bevölkerung entfremdete Gruppen. Oder Intellektuelle, die das Volk „verachten“.

Vielleicht sollte man sich auch noch einmal in Erinnerung rufen, dass im Verlauf der Leipziger Montagsdemonstrationen nicht nur Theologen und Aktivisten der Bürgerbewegungen Reden hielten, sondern auch Demonstranten Gelegenheit hatten, zu sprechen. Zum Beispiel die Rentnerin Inge Berndt oder der Arbeiter Manfred Bär. Letzterer äußerte „Wünsche“: „Vielleicht geht dann unser aller geheimer Wunsch . . . die Einheit Deutschlands, schneller in Erfüllung, als wir heute bereit sind zu glauben! . . . Ich wünsche uns weiterhin eine erfolgreiche, aber unbedingt gewaltlose Revolution“ (Rede vom 18. November 1989).

So groß konnte demnach die behauptete Geringschätzung der „Normalos“ und „Abwanderer“ durch die oppositionellen Akteure nicht sein, wenn Manfred Bär die Hoffnung auf die „Einheit Deutschlands“ im Rahmen der Montagsdemonstration öffentlich ausdrücken konnte – abseits des Hauptstroms der Demonstranten und Redner. Während dieses Zeugnis über politische „Wünsche“ erhalten blieb, gibt es über das Denken und die Kritik der Großgruppe „Abwanderer“ keine Anhaltspunkte.

Der Autor lehrte Politikwissenschaft und Soziologie an mehreren polnischen Hochschulen und war bis 2016 Gastprofessor für Europäische Studien an der Andrassy Universität Budapest